

Wo bleibt der Kern der Debatte?

Die Medien werden ihrer Aufgabe in der NSA-Kontroverse nicht gerecht, kritisiert der US-amerikanische Politologe Jackson Janes.

Edward Snowdens Enthüllungen über die Überwachung der National Security Agency (NSA) haben weltweit eine Flut von Medienberichten hervorgerufen – aber insbesondere in Deutschland. Allzu oft entstand dabei der Eindruck, „die Amerikaner“ seien auf dem Weg zum rücksichtslosen Überwachungsstaat. Doch auch in den USA beherrschen die Aktivitäten der NSA längst die Schlagzeilen. Dabei ist die Debatte über die Balance von Bürgerrechten und staatlichen Reaktionen zur Landesverteidigung eine neue und alte zugleich: Schon seit der Gründung der USA wird darüber gestritten.

Die Medien waren dabei stets wichtige Werkzeuge zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und zur Korrektur politischer Überreaktionen – als zum Beispiel im Zweiten Weltkrieg US-Bürger japanischen Ursprungs zu Unrecht inhaftiert wurden oder als im Kalten Krieg antikommunistische Eiferer wie Senator Joe McCarthy eine landesweite Panikmache provozierten. Doch im Gegensatz zu früher, als noch Zeitungen, dann Radio und Fernsehen die nationalen Debatten anführten, finden diese heute in schier unbegrenzten Informationskanälen und in „sozialen Medien“ statt. Der ganze Informationsmarkt wird zunehmend unübersichtlich für den „Normalverbraucher“ und zugleich Transaktionsfläche für enorme Geldmengen, die im Wettbewerb um das Publikum fließen.

Vor diesem Hintergrund erreicht die Kontroverse rund um die NSA-Überwachungsaktivitäten eine tatsächlich neue Dimension. Die rasante Expansion der Medienplattformen führt zwar zu einer nie zuvor gekannten Fülle an Informationsmöglichkeiten, damit aber auch zu einer Fragmentierung der Argumente und Öffentlichkeiten, was für die Basis des demokratischen Gemeinwesens gefährlich werden kann. Denn die Fragmentierung verführt zum Tunnelblick, bei dem man nur seine eigene Ansicht bestätigt sieht und sich nicht mehr mit anderen Argumenten auseinandersetzen muss.

So mündete die NSA-Debatte sofort in emotionalisierte, ideologische Auseinandersetzungen und entfernte sich von der Kernfrage nach der Überwachungsmethodik. Zudem wurde sie in den USA, ähnlich wie in Deutschland, schnell Teil des Wahl-Kampfes, in dem Regierung und Opposition auch über ganz andere Themen wie Gesund-

heits- oder Sozialpolitik und Abtreibung streiten. Das alles findet auf unzähligen Kanälen statt, im Radio, TV und Internet, die alle um das Interesse des Publikums buhlen und auf denen die unterschiedlichen Interessensgruppen vor allem danach trachten, ihre jeweilige Anhängerschaft zu vergrößern. In diesem harten Wettbewerb um Aufmerksamkeit schüren Medienmogule und Werbetreibende noch das emotionale Feuer, weil mehr Aufmerksamkeit größere finanzielle Vorteile verspricht. So geraten die Debatten immer marktschreierischer.

Politiker sind gezwungen, auf diese Entwicklung zu reagieren. Sie müssen sich auf den verschiedenen Medien-Bühnen positionieren, um sich bei den Wählern zu profilieren. In einem derartig polarisierten Umfeld wird es jedoch immer schwieriger, eine gemeinsame Basis zur demokratischen Problemlösung zu finden.

Als die „Washington Post“ vor rund 40 Jahren die Pentagon-Papiere veröffentlichte, warf sie Fragen auf, die letztlich einen Präsidenten zu Fall brachten. Aber das eigentliche Vermächtnis des Watergate-Falls war das eindeutige Bekenntnis zu einer freien Presse als eine der grundlegenden Eckpfeiler eines transparenten demokratischen Systems – im Geiste des Verfassungsvaters Thomas Jefferson: „Müsste ich mich entscheiden, ob wir eine Regierung ohne Zeitungen oder Zeitungen ohne eine Regierung haben, würde ich nicht einen Augenblick zögern, um Letzteres zu wählen.“ Das aber setzt voraus, dass Medien ihrer Aufgabe zur kritischen Aufklärung gerecht werden.

Kürzlich sagte Präsident Obama bei einer Pressekonferenz: „Es reicht nicht, wenn ich als Präsident diesen (Überwachungs-)Programmen vertraue. Das amerikanische Volk muss ebenso Vertrauen darin haben.“ Der „Washington Post“-Kolumnist Eugene Robinson schrieb daraufhin: „Wenn er das wirklich glaubt, hätte er schon vor Jahren eine solche vertrauensbildende Debatte los-treten sollen – lange bevor Edward Snowden zum Whistleblower wurde.“ Snowden selbst wird so zum Katalysator für eine viel weiter gehende Debatte über das Kräfteverhältnis von Privatsphäre, nationaler Sicherheit und staatlicher Überwachung. Sein persönliches Schicksal wird eher zur Fußnote der Geschichte. Aber der Fall hat viele bleibende Fragen rund um die Rechte der Bürger und die Verantwortung der Regierung aufgeworfen.

In der heutigen Welt, in der wir alle mit immer neueren Arten von Bedrohungen konfrontiert sind, braucht es mehr denn je einen gesellschaftlichen Konsens über Vertrauen in staatliche Institutionen und deren Rechenschaftspflicht. Ich sehe jedoch mit Sorgen, wie die Debatte darüber überschattet wird durch ein kurzsichtiges Lagerdenken auch in den Medien. Seriöse Medien sollten demgegenüber die Kernfragen für unsere Demokratie stärker in den Mittelpunkt der Diskussion stellen – länderübergreifend. Denn in nationalen Grenzen lassen sich keine Lösungen mehr für derartige Probleme wie Notwendigkeit und Grenzen einer Überwachung finden.



JACKSON JANES ist Präsident des „American Institute for Contemporary German Studies“ an der Johns Hopkins University in Washington, USA.
Kontakt: autor@mediummagazin.de

„Ich sehe mit Sorgen, wie die NSA-Debatte überschattet wird vom Lagerdenken in den Medien.“